



Jagd auf das Geld der Reichen

Die Schweiz und die USA sind die wohlhabendsten Länder der Welt.

Jetzt wollen die Linken das Geld. Ihr Brecheisen heisst 99-Prozent-Initiative

– *Beät Gygi*

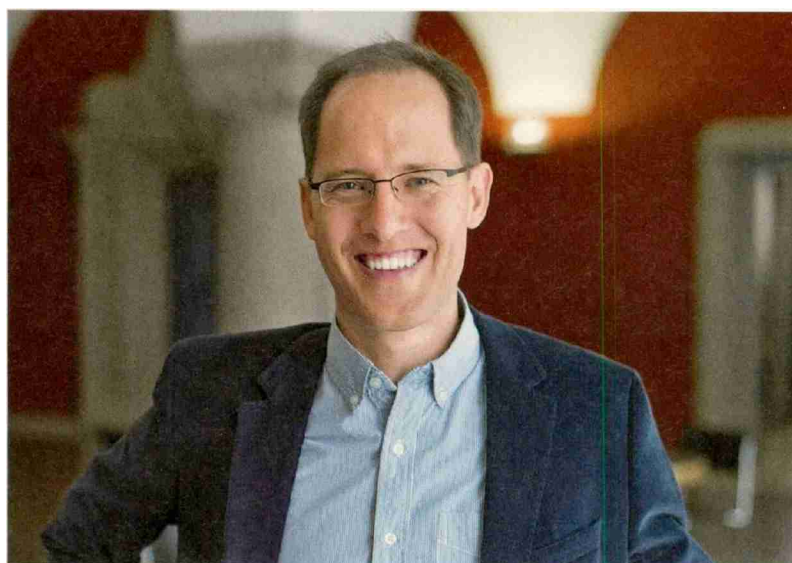
Die Schweiz ist das reichste Land der Welt, nirgendwo sonst ist das durchschnittliche Vermögen der Einwohner so hoch, und gross ist der Abstand zu den anderen. Der «Global Wealth Report» 2021 der Credit Suisse weist pro erwachsenen Schweizer im Durchschnitt ein Vermögen von 674 000 Dollar aus, auf den Rängen zwei und drei liegen die USA und Hongkong mit je rund 505 000 Dollar. Der Vorsprung der Schweizer Haushalte hat sich jüngst noch vergrössert, sie gewannen 2020 mit gut 70 000 Dollar einiges mehr hinzu, als dies andernorts möglich war. Das ist eine erfreuliche Nachricht für das Land, denkt man, aber sogleich kommt das Problem aufs Tapet, das mit Durchschnittswerten verbunden ist: Die einen liegen darüber, die anderen darunter.

Griff in die Kassen

In der Schweiz sind die Unterschiede auf den ersten Blick sogar besonders gross: Das eine Prozent der Reichsten verfügt über rund 43 Prozent des gesamten Vermögens, die restlichen 99 Prozent haben entsprechend nicht viel mehr als die Hälfte in der Hand; das sieht ähnlich aus wie in den USA, die für eine sehr ungleich gewordene Vermögensverteilung berühmt sind. Moment – der erste Blick täuscht, die Schweiz ist doch anders: Die Ökonomen Reto Föllmi (Universität St. Gallen) und Isabel Martínez (Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich) haben gezeigt, dass das 99-Prozent-Lager auf einen Anteil von rund drei Vierteln kommt, wenn man die Pensionskassenvermögen dazuzählt.

Dennoch wecken ungleiche Verteilungen Neid und vielerorts den Gedanken, diesem Prozent der Superreichen könnte man füglich etwas wegnehmen und an andere verteilen, die das Geld doch viel dringender brauchen oder haben möchten. Am 26. September kommt diese Frage vor Schweizer Volk, wenn es über die 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten abstimmt, die genau das fordert: Die grosse Masse der 99 Prozent soll einen Griff in die Kassen der wenigen ganz Reichen tun dürfen.

Offiziell heisst die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»; sie verlangt



Wie viel Ungleichheit verträgt es? Ökonom Scheuer.

im Prinzip, dass die Besteuerung des Kapitaleinkommens 150 Prozent so hoch sein muss wie die Besteuerung des Arbeitseinkommens. Ziel sind also zum Teil völlig neue Steuern auf realisierten Kapitalgewinnen und Erträgen aus Vermögen, wohl auch auf Eigenmietwerten, Grundstücksgewinnen, Dividenden und Renten aus der Vorsorge. «Mehr Gerechtigkeit» lautet die Kampf-

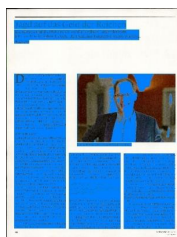
«Für viele reiche Haushalte ist es kein Problem, Kapitalgewinnsteuern zu umgehen – legal.»

formel der Initianten für mehr Umverteilung. Ähnlich wie in den USA, wo Präsident Joe Biden mit der Formel «Jeder soll seinen fairen Teil beitragen» gewaltige Steuererhöhungen lancierte, die schwergewichtig die Reichen treffen sollen.

Medien giessen Öl ins Feuer mit sogenannten Enthüllungsberichten über die spärlichen Steuerzahlungen prominenter Superreicher. Amazon-Gründer und Grossaktionär Jeff

Bezos, der berühmte Investor Warren Buffett, Tesla-Chef Elon Musk und viele andere werden zitiert, die laut geleakten Daten der US-Steuerverwaltung IRS je nach Jahr wenig oder nichts an Steuern in die Staatskasse gezahlt hätten. Davonstehlen würden sich die extrem Wohlhabenden, sich vor ihrer Pflicht drücken, tönt der Vorwurf. Nun sollen sie zahlen. Biden will Steuererhöhungen für die reichsten 2 Prozent und eine schärfere Besteuerung der Kapitalgewinne. Ein Feldzug gegen die ganz Reichen, in der Schweiz wie auch in den USA, in zwei Ländern, deren Ordnung grundsätzlich auf Freiheit und Eigentumsgarantie beruht – wie geht das?

Florian Scheuer, Professor für Institutionenökonomie am UBS Center for Economics in Society an der Universität Zürich forscht auf diesem Gebiet; in einem Aufsatz zu «Taxation and the Superrich» hat er diese Frage kürzlich genauer ausgeluchtet. Was meint er als Ökonom dazu? «Ökonomen mischen sich in der Regel nicht direkt in die politische Debatte ein», sagt



er, «die Stimmbürger oder je nachdem die Wähler müssen entscheiden, welche Steuerregimes sie wollen.» Ökonomen könnten nicht aus wissenschaftlicher Sicht bestimmen, welches die richtigen Regeln seien. Wenn es um Umverteilung gehe, seien die persönlichen Meinungen der Bürger und die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend. Wie viel Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung die Leute tolerieren wollten, variiere von Land zu Land.

Aktien statt Lohn

In den USA zum Beispiel habe die Debatte über die Ungleichheit enorm an Bedeutung gewonnen. Der französische Ökonom Thomas Piketty hatte die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen vor Jahren als weltweite Debatte lanciert und Gerechtigkeitsfragen daraus abgeleitet. Im Gegensatz zu den ziemlich stabil gebliebenen Relationen in der Schweiz haben in den USA die Superreichen an Gewicht gewonnen und ihre steuerliche Position verbessert. Scheuer bestätigt: «Tatsächlich hat die Progressivität der Besteuerung in den vergangenen Jahrzehnten in den USA insgesamt stark abgenommen.» Die obersten Einkommensklassen tragen also weniger zu den Steuereinnahmen bei als früher. Ist denn der Steuertarif nicht mehr progressiv, also überproportional ansteigend mit dem Einkommen? «Doch», sagt Scheuer, «aber heute nutzt man vermehrt neue Möglichkeiten des Einkommensbezugs.»

Vor allem für erfolgreiche Unternehmer seien normale Arbeitseinkommen viel weniger wichtig als die Beteiligung an ihren Firmen. Aktien statt Lohn. Wer dann Aktien verkaufe, um sein Leben zu bestreiten, müsse die dadurch realisierten Kapitalgewinne versteuern, und in den USA sei diese Belastung mit 20 Prozent viel niedriger als bei der normalen Einkommensbesteuerung. Arbeitseinkommen würden also steuerrechtlich als Kapitalgewinne behandelt. Aber es gebe noch einen viel brisanteren Punkt: «Für viele sehr reiche Haushalte ist es auch kein Problem, selbst diese relativ niedrige Kapitalgewinnsteuer in grossem Umfang zu umgehen – legal.»

«Schweiz ist ein gutes Beispiel»

Wie denn? «Indem der Bezüger die Kapitalgewinne möglichst nie realisiert, während seiner ganzen Lebenszeit nicht, sondern sie unbesteuert an die Nachkommen übergibt», erklärt Scheuer. Der Fall Bezos verdeutlicht das: Amazon zahlt ihm keinen Lohn und schüttet keine Dividenden aus, die steuerbar wären. Der Firmengründer, der ein enorm rentables Imperium aufgebaut hat, sitzt also auf einem wachsenden Kapitalstock, dessen Wert aber quasi schlummert. Steuerpflicht entsteht nur, wenn Bezos Aktien verkauft und so Kapitalgewinne realisiert. Das Publikum hingegen betrachtet

auch die ganzen unrealisierten Werte als Bezos' Reichtum und empört sich darüber, dass so reiche Leute so wenig Steuern zahlen – wobei Amazon als Firma in verschiedenen Ländern durchaus Gewinnsteuern abliefern.

Und in der Schweiz? Da gibt es ja keine Kapitalgewinnsteuer; sieht es für die Reichen noch günstiger aus? Scheuer: «Die Schweiz hat

«Werden Steuern erhöht, weichen die Steuerpflichtigen aus, sie investieren anders, arbeiten weniger.»

ja bereits die Vermögenssteuer, fast als einziges Land weltweit, das ist eigentlich eine Alternative zur Kapitalgewinnsteuer.» Weder das eine noch das andere zu haben, wäre seiner Ansicht nach ein Problem für die Gesellschaft und das Steuersystem, aber beide Typen der Besteuerung kumuliert wohl auch.

Er fügt an: «Die Schweiz ist ein gutes Beispiel und auch ein Ausnahmefall für eine Vermögenssteuer, die meiner Ansicht nach deswegen recht gut funktioniert, weil sie absolut breit angelegt ist, wirklich alle Vermögen erfasst und keine Ausnahmen vorsieht.» Viele andere Länder in Europa hätten ja in den 1990er Jahren noch eine Vermögenssteuer gehabt und sie dann abgeschafft – nach vielen Misserfolgen, etwa wegen zu kleiner und zu löchriger Besteuerungsgrundlage. «Es wimmelte von Ausnahmen: Frankreich etwa belastete lediglich den Immobilienbesitz, das Finanzvermögen war ausgenommen. Italien hat es umgekehrt gemacht, die Probleme türmten sich.»

Aber auch ein neutraler wissenschaftlicher Ökonom muss doch Anhaltspunkte für das

richtige Ausmass der Besteuerung geben können. Soll man die Reichen noch mehr belasten, oder sollte man sie entlasten? Scheuer sieht es so: «Wenn man Politikberatung macht, ist es am besten, sich die möglichen Reaktionen der Steuerzahler zu überlegen. Werden die Steuern erhöht, weichen die Steuerpflichtigen aus, sie investieren anders, weniger, arbeiten weniger et cetera, das beeinflusst die Wirtschaft. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich dann Massnahmen ableiten.»

Er verweist auf die gute alte Laffer-Kurve: Diese sieht aus wie ein Torbogen und gibt an, ob eine bestimmte Steuererhöhung für den Staat eher kontraproduktiv wirkt oder nicht, gemäss der Frage: Wenn der Steuersatz erhöht wird – steigt oder fällt dann die Summe der Steuereinnahmen? Der amerikanische Ökonom Arthur Laffer hatte 1974 skizziert, dass bei Steuersatzerhöhungen irgendwann der Punkt erreicht sei (oben Mitte im Torbogen), ab dem die Einnahmen trotz steigenden Sätzen sanken, da die Leute entmutigt, weniger arbeiten und Steuern umgehen würden. Der grobe Test für den Ökonomen als Politikberater also: Steigen die Einnahmen noch, oder sinken sie schon?

«Eigentlich geht es immer auf irgendeine Art um diese Laffer-Wirkungen, wenn die Frage nach Steueränderungen ansteht», meint Scheuer. Dahinter steht allerdings die staatsfreundliche Auffassung, dass steigende Steuereinnahmen als positiv einzustufen sind. Nun also: Empfiehlt er den USA aus dieser Sicht, künftig die Reichen stärker zur Kasse zu bitten und auch die nicht realisierten Kapitalgewinne zu besteuern? Scheuer: «Grosse Chancen auf eine Umsetzung hat wahrscheinlich der Vorschlag, dass die unrealisierten Kapitalgewinne zumindest am Lebensende zu versteuern sind, also vor dem Übergang des Vermögens an die Erben.» Damit würden die heutigen Möglichkeiten zur Steuervermeidung erheblich eingeschränkt.

Sachlich un schlüssig

Und wie ist eine Kapitalgewinnsteuer für die Schweiz zu beurteilen, wie sie die 99-Prozent-Initiative fordert? Für Scheuer stellt sich die grundsätzliche Frage, weshalb die Initianten diesen Weg einschlagen. «Es existiert ja bereits die Vermögenssteuer als Umverteilungsinstrument, das funktioniert. Wenn man der Meinung ist, diese belaste die höchsten Vermögen zu wenig, kann man deren Progression anpassen.» In der Initiative spiele die Vermögenssteuer jedoch kaum eine Rolle, das sei sachlich nicht schlüssig, man ziele einfach auf die hohen Kapitalgewinne – wahrscheinlich ab 100 000 Franken pro Jahr, und zwar bei Realisierung der Gewinne. Davon sei ein kleiner Anteil der Steuerzahler betroffen, die zudem im Investieren beweglich seien und entsprechende Ausweichmöglichkeiten suchen würden.